

Baustelle Bildung

Die Regierung beweist,
wie wenig ihr die
Zukunft des Landes wert ist

VON JOACHIM RIEDL

Ein Gipfelgespräch jagt das andere. Professoren, Studenten, Lehrer, Elternvertreter – alle pilgern in das Kanzleramt zu einer kleinen Baustellenführung durch das Bildungssystem. Mit den wenig durchdachten Kürzungen in den meisten Segmenten des Budgets hat die Regierung die breitestdenkbare Widerstandsfront – von frommen Katholiken bis zu krawalligen Linksalternativen – gegen sich aufgebracht. Nun versucht sie, die aufgebrauchten Gemüter zumindest ein wenig zu beruhigen.

Besonders groß ist der Erklärungsbedarf im Bildungsbereich. Niemand kann in dem Flickwerk an Initiativen in diese oder jene Richtung noch ein Konzept erkennen, geschweige denn eine politische Willensbekundung. Nachdem Vizekanzler Josef Pröll seiner Koalitionspartei, der ÖVP, den Onkelkurs aufgezwungen hat (Oheim Erwin Pröll, Landeshauptmann von Niederösterreich, rittert darum, neben den Pflichtschullehrern auch alle übrigen Bundeslehrer in seine Verfügungsgewalt zu bekommen), ist die Konfusion komplett. Plötzlich ist eine völlig unsinnige Debatte in das Zentrum der

Diskussion geraten, die mit den anstehenden Problemen nur insofern in Zusammenhang steht, als es sich um eine Machtfrage bei der Postenvergabe, also Klientelwirtschaft, handelt.

Das österreichische Schulsystem ist dadurch gekennzeichnet, dass es aufgrund seiner verwirrenden Kompetenzaufteilung zwischen Bund und den Ländern im internationalen Vergleich sehr teuer ist, aber dennoch nur klägliche Ergebnisse liefert. Jeder fünfte Pflichtschulabsolvent, besagen Studien, ist nicht in der Lage, sinnerfassend zu lesen, kann sich also nach acht Jahren auf der Schulbank nicht einmal seinen Reim auf simple Texte machen. Die Ergebnisse der neuesten Pisa-Studie, die demnächst veröffentlicht werden, dürften Gerüchten zufolge noch ein wenig ernüchternder ausfallen.

Die meisten Bildungsexperten sind sich einig, dass dafür vor allem die verkarsteten Strukturen verantwortlich sind, in denen viel Geld versickert, das dann beim Ausbau eines effizienten Schulsystems, besonders was den Problembereich Integration betrifft, fehlt. Zumindest kann sich die Unterrichtsministerin aber nun über 80 000

MEDIUM:
Datum:

Die Zeit
Nr. 48, 25. November 2010, Seite 14

Für teure Tunnelbauten gibt es Geld, für die
Ausbildung des Nachwuchses eher nicht



Foto (Ausschnitt) Christian M. Kreuzer/picturepress.com

zusätzliche Ganztageschulplätze freuen, die bis 2013 geschaffen werden sollen.

Weniger Glück hatten die Universitätsvertreter. Sie würden zusätzliche 300 Millionen Euro benötigen, um auch noch in vier Jahren den Betrieb im gegenwärtigen Rahmen aufrechterhalten zu können. Doch die Rektoren holten sich eine glatte Abfuhr. Sie müssen sich nun überlegen, welche Gebäudemieten sie künftig nicht mehr entrichten werden und welche Lehrveranstaltungen ersatzlos gestrichen werden. Wenn allerdings, wie vage in Aussicht gestellt, ein Finanzierungsschlüssel auf Basis der Studienplätze Gültigkeit erlangen sollte, so führte das notwendigerweise zu Zugangsbeschränkungen bei den Massenfächern. Auch wenn die österreichische Variante des Numerus clausus dann einen kosmetischen Tarnnamen verpasst bekommt.

Die Hochschulen leiden unter chronischer Auszehrung ihrer Ressourcen. In den vergangenen fünf Jahren mussten sie verkraften, dass die Zahl der Studenten um 25 Prozent explodierte, ohne dass die Budgets nennenswert wuchsen. Sie

sind dazu verdammt, den institutionalisierten Mangel zu verwalten.

Immerhin noch besser, als gleich auf Nulldiät gesetzt zu werden, wie das nun der außeruniversitären Forschung in Österreich blüht. Um dem akademischen Sektor überhaupt ein geringes Zubrot bescheren zu können (eigentlich handelt es sich um die Rückerstattung bereits erfolgter Kürzungen), beschloss die Wissenschaftsministerin, der gesamten bunten Palette unabhängiger Forschungseinrichtungen die Basisförderung komplett zu streichen, was in vielen Fällen bedeutete, sie müssten liquidiert werden. Den brachialen Kahlschlag, eingefädelt von einer Gruppe eifersüchtiger Universitätslehrer, nennt die Ministerin »Strukturbereinigung«. Die Effizienz der einzelnen Institute müsse zuvor erst gar nicht überprüft werden, schnippte die Ministerin, selbst Universitätsprofessorin, vergangene Woche eine entsprechende Frage der Opposition aus dem Plenarsaal. Sie kenne sich da bestens aus. Den betroffenen Institutionen wurde ihr Todesurteil in einem Serienbrief mitgeteilt.